

**Gebührensatzung**  
**für die öffentliche Abfallentsorgung in der Stadt Velbert**  
**(Abfallentsorgungs-Gebührensatzung)**

**vom 19.12.2024**

Der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens Technische Betriebe Velbert, Anstalt des öffentlichen Rechts (TBV AöR), hat in seiner Sitzung am 19.12.2024 aufgrund der §§ 1,2,4,6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen v. 21.Oktober 1969 (GV. NW. S.712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. März 2024 (GV. NRW.S.155), der §§ 5 und 9 des Landeskreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen v. 01. Februar 2022 (LKrWG, GV. NW. S.136), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2023 (GV. NW. S.443) und in Ausführung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) v. 24. Februar 2012 (BGBl I S.212), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 02. März 2023 (BGBl. I Nr. 56) in Verbindung mit der Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung – GewAbfV) vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700) und der Abfallentsorgungssatzung in der Stadt Velbert, sowie § 7, 8, 9 und § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 5. Juli 2022 (GV. NRW.S.444) in Verbindung mit der Satzung der Stadt Velbert für das Kommunalunternehmen Technische Betriebe Velbert, Anstalt des öffentlichen Rechts vom 09.03.2022 – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – diese Satzung beschlossen:

**§ 1**

**Entsorgungsgebühren**

Das Kommunalunternehmen Technische Betriebe Velbert, Anstalt des öffentlichen Rechts erhebt zur Deckung der Kosten für die Abfallentsorgung im Stadtgebiet Velbert von den Benutzern/-innen Gebühren nach dem Kommunalabgabengesetz.

**§ 2**

**Gebührenpflichtige**

- (1) Gebührenpflichtig sind die Eigentümer/-innen der an die Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstücke. Den Grundstückseigentümern/-innen stehen Erbbauberechtigte, Nießbraucher, die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer/-innen und sonstige zur Nutzung des Grundstücks in gleichem Umfang dinglich Berechtigte gleich. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner/-innen. Die Gebühr liegt als öffentliche Last auf dem Grundstück.
- (1a) Soweit bei Bestehen von Wohnungs- und Teileigentum gemäß § 7 Abs. 3 der Abfallentsorgungssatzung den einzelnen Wohnungs- und Teileigentümern/-innen oder Gruppen von Wohnungs- und Teileigentümern/-innen eigene Abfallbehälter zugewiesen sind, sind diese und nicht die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer/-innen gebührenpflichtig.
- (2) Beim Eigentumswechsel erlischt die Gebührenpflicht des bisherigen Eigentümers/der bisherigen Eigentümerin mit dem letzten Tage des Monats, in dem der Wechsel stattgefunden hat. Anschließend beginnt die Gebührenpflicht des neuen Eigentümers/der neuen Eigentümerin.

Der bisherige und der neue Eigentümer/die bisherige und die neue Eigentümerin sind verpflichtet, dem Kommunalunternehmen Technische Betriebe Velbert, Anstalt des öffentlichen Rechts die Veränderung innerhalb von zwei Wochen schriftlich anzuzeigen. Andernfalls haften beide gesamtschuldnerisch für die Zahlung der Gebühren von dem auf den Eigentumsübergang folgenden Monatsersten.

- (3) Beim Anschluss mehrerer Grundstücke an Restmüll- und Biomüllbehälter wird für jedes Grundstück die Summe aus der Anzahl der jeweils auf den Grundstücken zum Stichtag gemeldeten Personen und/oder die für die auf dem Grundstück anfallenden Abfälle nach § 14 der Abfallentsorgungssatzung errechneten Einwohnergleichwerte berechnet. In dem Verhältnis, in dem die einzelnen berechneten Summen zueinander stehen, wird dann die sich nach dem Behältervolumenmaßstab für den/die Restmüllbehälter ergebende Gebühr auf die einzelnen Grundstücke verteilt.  
Eine Änderung des Aufteilungsschlüssels kann bei geänderten Verhältnissen nur auf Antrag und nur zu den in § 14 der Abfallentsorgungssatzung festgelegten Stichtagen erfolgen.

### **§ 3**

#### **Beginn und Ende der Gebührenpflicht**

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit Beginn des Monats, der auf den Tag der erstmaligen Inanspruchnahme der Abfallbeseitigung folgt. Sie erlischt mit Ablauf des Monats, in dem die Inanspruchnahme der Abfallbeseitigung endet.
- (2) Bei vorübergehender Einschränkung, Unterbrechung oder Verspätung der Abfallbeseitigung hat der Angeschlossene/die Angeschlossene keinen Anspruch auf Ermäßigung der Gebühren. Dauert die Unterbrechung länger als einen Monat, so wird die Gebühr auf Antrag erlassen und zwar für je volle 30 Tage der Unterbrechung in Höhe von 1/12 der Jahresgebühr.
- (3) Bei Änderung des Volumens der Abfallbehälter oder Großbehälter im Laufe eines Kalenderjahres ist das neu zu berechnende Behältervolumen der Veranlagung vom Beginn des Monats zugrunde zu legen, der auf die Änderung folgt.

### **§ 4**

#### **Gebührenmaßstab**

- (1) Bemessungsmaßstab für die Ermittlung der Gebühren ist der Rauminhalt der in Anspruch genommenen Abfallbehälter (Behältergebühr).
- (2) Maßgebend ist das gemäß der Abfallentsorgungssatzung zum 01.01. des Veranlagungsjahres zugeteilte Behältervolumen. Das Behältervolumen richtet sich nach der von den Abgabepflichtigen gewählten bzw. von der TBV AöR bestimmten Art und Größe der Abfallbehälter.
- (3) Bei einer während des Veranlagungsjahres wirksam werdende Änderung ist die Veranlagung zeitanteilig ab Wirksamwerden der Änderung zu ändern.
- (4) Werden Grundstücke im Laufe eines Veranlagungsjahres angeschlossen, so sind sie ab dem 1. des auf das Entstehen der Gebührenpflicht folgenden Monats zeitanteilig auf Grundlage des zu diesem Zeitpunkt zugeteilten Behältervolumens zu veranlagern.
- (5) Bemessungsmaßstab für die Abfuhr sperriger Abfälle ist die bereitgestellte Einheit gem.

Abfallentsorgungssatzung in der Stadt Velbert.

## § 5

### Gebührensatz

(1) Die Behältergebühr beträgt bei alternierender Abfuhr von Bio- und Restmüll im 14täglichen Wechsel für

1.	den 40-Liter-Restmüllbehälter jährlich	94,30 EURO
2.	den 60-Liter-Restmüllbehälter jährlich	141,50 EURO
3.	den 80-Liter-Restmüllbehälter jährlich	188,70 EURO
4.	den 120-Liter-Restmüllbehälter jährlich	283,00 EURO
5.	den 240-Liter-Restmüllbehälter jährlich	566,00 EURO
6.	den Restmüllgroßbehälter zu 0,77 cbm jährlich	1.815,80 EURO
7.	den Restmüllgroßbehälter zu 1,10 cbm jährlich	2.594,00 EURO
8.	den Restmüllsack mit einem Inhalt von 45 Litern je Sack	4,10 EURO

Die Behältergebühr beträgt bei alternierender Abfuhr von Bio- und Restmüll im 14täglichen Wechsel für diejenigen Gebührenpflichtigen, die von der Teilnahme an der Bio-Müll-Entsorgung befreit sind, für

1.	den 40-Liter-Restmüllbehälter jährlich	78,90 EURO
2.	den 60-Liter-Restmüllbehälter jährlich	118,40 EURO
3.	den 80-Liter-Restmüllbehälter jährlich	157,80 EURO
4.	den 120-Liter-Restmüllbehälter jährlich	236,70 EURO
5.	den 240-Liter-Restmüllbehälter jährlich	473,40 EURO
6.	den Restmüllgroßbehälter zu 0,77 cbm jährlich	1.519,00 EURO
7.	den Restmüllgroßbehälter zu 1,10 cbm jährlich	2.169,90 EURO
8.	den Restmüllsack mit einem Inhalt von 45 Litern je Sack	3,40 EURO

Wird in den Ausnahmefällen des § 15 Abs. 1 Satz 2 der Abfallentsorgungssatzung häufiger als 14täglich Restmüll entsorgt, so vervielfacht sich die Gebühr nach Nr. 1 - 7 entsprechend.

Für einmalige Sonderleerungen von Restmüllgefäßen wird eine Gebühr in Höhe von 1/26 der Jahresgebühr für das entleerte Gefäßvolumen zuzüglich einer Verwaltungsgebühr in Höhe von 80,00 Euro erhoben.

Für die im Verkauf erhältlichen Restmüll-Zusatzsäcke (sogenannte Spitzensäcke) von 45-Liter und 70-Liter werden einheitlich folgende Gebühren erhoben:

für den Restmüll-Zusatzsack mit einem Inhalt von 45 Litern je Sack 4,10 EURO

für den Restmüll-Zusatzsack mit einem Inhalt von 70 Litern je Sack 6,30 EURO.

Für die Restmüll-Zusatzsäcke wird ein Eigenkompostiererbonus nicht gewährt.

- (2) Die Verwaltungsgebühr für die Abfuhr sperriger Abfälle und Grünschnitte beträgt je Anforderungskarte 2,00 EURO. Die Verwaltungsgebühr für die Anforderungskarte für Sperrmüll entfällt, wenn der Abfallerzeuger/die Abfallerzeugerin bzw. –besitzer/-in den Sperrmüll direkt bei dem städtischen Wertstoffhof anliefert oder Sperrmüll online beantragt. Das gleiche gilt, wenn der Abfallerzeuger/die Abfallerzeugerin bzw. –besitzer/-in die Abfuhr von Grünschnitt in digitaler Form beantragt.

## **§ 6**

### **Auskunftspflicht, Kontrolle, Schätzung**

- (1) Die Gebührenpflichtigen und die Abfallbesitzer/-innen bzw. –erzeuger/-innen auf gewerblich, industriell oder sonstigen nicht oder nicht nur zu Wohnzwecken genutzten Grundstücken (vgl. § 8 Abs.2 und Abs.3 Abfallentsorgungssatzung) haben dem Kommunalunternehmen Technische Betriebe Velbert, Anstalt des öffentlichen Rechts alle zur Feststellung der Gebühr erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Hierzu gehört insbesondere die Mitteilung über die Anzahl der Beschäftigten, ihre Arbeitszeiten, die Anzahl der Betten in Krankenhäusern, Kliniken, Wohn-, Pflege-, Kinderheimen, Beherbergungsbetrieben sowie Jugendherbergen.
- (2) Das Kommunalunternehmen Technische Betriebe Velbert, Anstalt des öffentlichen Rechts ist berechtigt, an Ort und Stelle durch mit Dienstausweis versehene Beauftragte zu prüfen, ob die zur Feststellung der Gebühren gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen.
- (3) Sofern die zur Festsetzung der Gebühren erforderlichen Angaben nicht oder nur unzureichend gemacht werden, kann das Kommunalunternehmen Technische Betriebe Velbert, Anstalt des öffentlichen Rechts die Veranlagung nach einer Schätzung durchführen.

## **§ 7**

### **Erhebung und Fälligkeit der Gebühren**

- (1) Die Heranziehung und die Fälligkeit der Gebühren richten sich nach der Satzung der Technische Betriebe Velbert AöR über Festsetzung, Geltendmachung, Vollstreckung und Fälligkeit bei der Heranziehung zu grundstücksbezogenen Benutzungsgebühren in der jeweils gültigen Fassung, soweit nachfolgend keine andere Regelung getroffen ist.
- (2) Die Gebühren für einen Abfallsack und für eine Anforderungskarte für die Sperrmüll- oder Grünschnittabfuhr sind an die von dem Kommunalunternehmen Technische Betriebe Velbert, Anstalt des öffentlichen Rechts eingerichteten Ausgabestellen bei der Aushändigung zu entrichten. Eine Verpflichtung des Kommunalunternehmens Technische Betriebe Velbert, Anstalt des öffentlichen Rechts zur Rücknahme nicht verwendeter Abfallsäcke oder Anforderungskarten für die Sperrmüll- oder Grünschnittabfuhr besteht nicht.

- (3) Seitens der Technischen Betriebe Velbert AöR besteht für Abholscheine für die Jahres-Grundausrüstung an Abfallsäcken (= 12 Säcke a 45 l) außerhalb des jeweils gültigen Veranlagungsjahres keine Einlösungspflicht.

## **§ 8**

### **Härtefälle**

Im Einzelfall können in Anwendung der Abgabenordnung in Härtefällen die festgesetzten Gebühren teilweise oder ganz erlassen werden

## **§ 9**

### **Rechtsmittel und Zwangsmaßnahmen**

- (1) Die Rechtsmittel gegen Maßnahmen aufgrund dieser Gebührensatzung richten sich nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686) und dem Gesetz über die Justiz im Land Nordrhein-Westfalen (Justizgesetz Nordrhein-Westfalen - JustG NRW) vom 26. Januar 2010 (GV. NRW. S. 30), jeweils in der zurzeit gültigen Fassung.
- (2) Für Zwangsmaßnahmen aufgrund dieser Gebührensatzung gilt das Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 19. Februar 2003 (GV NRW S.156, 2005 S. 818) in der zurzeit gültigen Fassung.

## **§ 10**

### **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt zum 01.01.2025 in Kraft.

### **Bekanntmachungsanordnung**

Vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gemäß § 7 Absatz 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Vorstand hat den Beschluss des Verwaltungsrates vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Anstalt öffentlichen Rechts vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Velbert, 19.12.2024

(Dirk Lukrafka)  
Vorsitzender des Verwaltungsrates